

Resolution

Beschlossen auf dem ordentlichen SSW-Parteitag
am 11.09.2004 in Husum

SSW gegen Sozialabbau á la Hartz IV

Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik nach skandinavischem Vorbild

Hartz IV hilft den Langzeitarbeitslosen nicht und ist sozial ungerecht

Die von der rot-grünen Bundesregierung und CDU-Opposition beschlossene Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe (Hartz IV) zum 1.1.2005 führt nicht dazu, dass den Langzeitarbeitslosen wirklich neue Perspektiven gegeben werden, sondern trägt nur zu einem weiteren Abbau des Sozialstaates bei. Darüber hinaus verschärft sie durch massiven Kaufkraftverlust die bereits vorhandene Konjunkturschwäche der heimischen Wirtschaft. Obwohl viele Arbeitslosenversicherte über Jahrzehnte in die Arbeitslosenkassen eingezahlt haben, riskieren sie, bereits nach einem Jahr Arbeitslosigkeit durch das neue Arbeitslosengeld II unter die Armutsgrenze zu fallen. Allein in Schleswig-Holstein werden Schätzungen zufolge über 70.000 Betroffene und ihre Familien nach der Jahreswende weniger soziale Leistungen erhalten.

SSW will Hartz IV verschieben und grundlegend ändern

Die Einführung von Hartz IV zum 1.1.2005 muss sofort verschoben werden. Solange weder die technischen noch organisatorischen Voraussetzungen bei der Bundesagentur für Arbeit oder den betroffenen Kommunen geschaffen worden sind, ist eine Umsetzung der Hartz IV-Pläne zum 1.1.2005 unverantwortlich. Die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe darf erst erfolgen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Die Periode, in der Arbeitslosengeld an langjährige Arbeitslosengeldversicherte gezahlt wird, muss wieder länger als 12 Monate sein.
- Das neue Arbeitslosengeld II muss höher als geplant ausfallen, damit die Bezieher nicht unter die Armutsgrenze fallen.
- Bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II müssen die Freibeträge für Vermögen, Lebensversicherungen und Kindersparbücher so ausgestaltet werden, dass eine ausreichende private Altersvorsorge angespart werden kann.

Der SSW will konkrete und realistische Arbeits-, Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote für Menschen ohne Arbeit

Im Zentrum einer aktiven Arbeitsmarktpolitik muss das Fördern und Vermitteln der arbeitslosen Menschen stehen. Aus Sicht des SSW, der sich an einer aktiven Arbeitsmarktpolitik nach skandinavischem Vorbild orientiert, bedeutet dies folgendes:

- In der Bundesagentur für Arbeit darf ein Vermittler höchstens 60 Arbeitslose betreuen. Nur so kann dem Einzelnen wirklich geholfen werden.
- Spätestens nach einem Jahr sollen Arbeitslose ein konkretes und realistisches Arbeits-, Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot bekommen. Wenn das Angebot abgelehnt wird, müssen Arbeitslose mit Sanktionen rechnen.
- Neue Arbeitsmarktinstrumente z.B. zeitlich begrenzte Lohnkostenzuschüsse für Betriebe muss die Eingliederung der Langzeitarbeitslosen in den 1. Arbeitsmarkt schneller voranbringen. Es muss sichergestellt werden, dass bestehende Arbeitsplätze durch die Lohnkostenzuschüsse nicht abgebaut werden dürfen.
- Der 2. Arbeitsmarkt muss ausgebaut werden, z.B. im Sozial-, Pflege- oder Kulturbereich, um genügend Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose zu schaffen. Allerdings dürfen bestehende Arbeitsplätze nicht gefährdet werden. 1-Euro-Jobs sind daher abzulehnen. Stattdessen müssen tarifliche Mindestlöhne ein angemessenes Einkommen der Betroffenen sichern.

Skandinavisches Modell sichert die Finanzierung des Sozialstaats und schafft neue Arbeitsplätze.

Neben einer aktiven Arbeitsmarktpolitik geht es vor allem darum, neue Arbeitsplätze zu schaffen, ohne die Sozialleistungen des Staates in Frage zu stellen. Der SSW fordert daher einen grundlegenden und gerechten Umbau des Sozialstaats mit einer steuerfinanzierten sozialen Grundsicherung, wie sie in den skandinavischen Ländern praktiziert wird. Dabei muss der Kernpunkt einer solchen Umstellung eine Erhöhung

der Mehrwertsteuer sein, die die Beiträge zur Renten-, Kranken- Arbeitslosen- und Pflegeversicherung ersetzen soll. Durch diesen Umbau wird nicht nur die zukünftige Finanzierung des Sozialstaates gesichert, sondern durch eine massive Senkung der Lohnnebenkosten neue Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen.

Gerda Eichhorn

SSW-Landesvorsitzende

